

Stadt Heidelberg

Antrag Nr.:
0004/2017/AN

Antragsteller: SPD
Antragsdatum: 24.01.2017

Federführung:
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:

Betreff:

**Aufnahme von Geflüchteten im Rahmen des
Relocation-Programms**

Antrag

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	16.02.2017	Ö		
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	14.03.2017	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	22.03.2017	Ö		
Gemeinderat	30.03.2017	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Antrag Nr.: 0004/2017/AN

Briefkopf des Antragstellers:



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Gemeinderatsfraktion Heidelberg

SPD-Gemeinderatsfraktion, Marktplatz 10, 69117 Heidelberg

**Herrn Oberbürgermeister
Dr. Eckart Würzner
Marktplatz 10 / Rathaus
69117 Heidelberg**

Prof. Dr. Anke Schuster, Fraktionsvors.
Michael Rochlitz, stellv. Vorsitzender
Irmtraud Spinnler, stellv. Vorsitzende
Karl Emer
Mirko Geiger
Andreas Grasser
Dr. Monika Meißner
Mathias Michalski

Marktplatz 10
69117 Heidelberg
☎ 06221/5847151
☎ 06221/584647150
✉ geschaeftsstelle@spd-
fraktion.heidelberg.de
www.spd-fraktion-heidelberg.de

24.01.2017

Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderats beantragen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg im öffentlichen Teil die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

Aufnahme von Geflüchteten im Rahmen des Relocation-Programms

1. Bericht der Verwaltung
2. Diskussion und Aussprache
3. Gegebenenfalls Anträge

Begründung:

Die Stadt Heidelberg könnte im Rahmen des "Relocation"-Programms Geflüchtete aus griechischen oder italienischen Lagern in Heidelberg aufnehmen.

Relocation bezeichnet die Umsiedlung von schutzbedürftigen Personen von einem Staat der Europäischen Union in einen anderen Staat der Europäischen Union. Die Grundlage für Relocation-Programme sind gemeinsame Entscheidungen der Europäischen Union. Relocation ist ein solidarisches Programm, da es auf die Entlastung einzelner Mitgliedsstaaten, insbesondere derer, die an den europäischen Außengrenzen gelegen sind, abzielt.

Von den 160.000 Geflüchteten, die seit Herbst 2015 aus Griechenland und Italien im Rahmen des Relocation-Programms (resettlement.de/relocation/) auf andere EU-Staaten verteilt werden sollten, sind bis Oktober 2016 nur knapp vier Prozent umverteilt worden. Die Bundesrepublik verpflichtete sich, 27.400 Geflüchtete aufzunehmen – bis dato sind davon 220 Menschen nach Deutschland geholt worden.

Während in den Flüchtlingslagern in Griechenland und Italien Zehntausende Männer, Frauen und Kinder unter menschenunwürdigen Zuständen auf ein besseres Leben hoffen, verfügt Heidelberg über freie Kapazitäten in den städtischen Unterkünften. Wir sind der Meinung, dass wir diese unter den genannten Bedingungen nutzen sollten.

Die Größe der dafür in Heidelberg bereitstehenden Kapazität könnte sich aus den freien Plätzen in den Unterkünften Henkel-Teroson-Straße, Hardtstraße Kirchheimer Weg (Patton Barracks) und Alte Eppelheimer Straße (ehemaliges Hotel Metropol) berechnen.

In diese Berechnung würde einfließen, dass sowohl den bereits in diesen Unterkünften lebenden als auch den dazukommenden Menschen pro Person jeweils 7 Quadratmeter Wohnfläche zustehen.

Dabei soll sich die Stadt Heidelberg an den Vorbildern, wie der Stadt Osnabrück orientieren, das heißt, dass diese freiwillige Aufnahme von Geflüchteten auf das Pflichtkontingent der Stadt Heidelberg angerechnet wird.

gezeichnet SPD-Fraktion